



Antrag

der Abgeordneten **Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Günther Knoblauch, Kathi Petersen SPD**

Zugang zu Wasser als Menschenrecht in Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der Zugang zu sicherem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung als Menschenrecht und öffentliches Gut durch die EU-Gesetzgebung garantiert und in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen wird.

Begründung:

Die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ hat deutlich gezeigt, welchen hohen Stellenwert das Thema Wasserversorgung für die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union hat: Der Zugang zu Wasser darf nicht der Liberalisierung unterworfen und vom wirtschaftlichen Interesse privater Konzerne abhängig gemacht werden. Nicht zuletzt im Hinblick auf die derzeit laufenden Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP oder TiSA würde eine Verankerung des Rechts auf gesundes Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung als Menschenrecht und öffentliches Gut in der EU-Gesetzgebung und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union einen Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge bedeuten.